

DER VOLKSWIRT

Der Reichtum der Deutschen

Einem Prozent der deutschen Haushalte gehören heute rund 27 Prozent des gesamten Vermögens aller Deutschen. Wie aber war das früher? Über die Geschichte der Vermögensverteilung in Deutschland.

Von Thilo Albers, Charlotte Bartels und Moritz Schularick

Die Verteilung der Vermögen in der Gesellschaft ist ein Fixpunkt der politischen Debatte, an dem sich immer wieder die Geister scheiden. Für Karl Marx war es ein ehernes Gesetz des Kapitalismus, dass die Verteilung der Vermögen im Laufe der Geschichte immer ungleicher wird und letztlich in der Revolution mündet. Im letzten Jahrzehnt hat der französische Ökonom Thomas Piketty das Verhältnis der Wachstumsrate von Einkommen und Vermögen ins Zentrum seiner Überlegungen zur Dynamik der gesellschaftlichen Ungleichheit gestellt. Wie sich die Vermögen und ihre Verteilung in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert entwickelt haben, ist bisher kaum bekannt. Ob etwa – wie mitunter zu hören – die Vermögensungleichheit in Deutschland derzeit ein Rekordhoch erreicht hat und die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht, ließ sich bisher nicht mit hinreichender Sicherheit auf solider Datengrundlage beantworten.

Historische Brüche und Datenlücken

Die schlechte Datenlage hat viel mit den Brüchen der deutschen Geschichte in den vergangenen 150 Jahren zu tun. Verlässliche Angaben zur Höhe des deutschen Haushaltsvermögens und dessen Verteilung aus Statistiken des Kaiserreichs, der Weimarer Republik, des Naziregimes und dann der Bundesrepublik und der DDR zusammenzutragen ist wirtschaftshistorische Detektivarbeit. Die Forschung muss Datenpunkte zu den Marktwerten von Immobilienvermögen, Betriebsvermögen und Finanzvermögen – den drei wichtigsten Vermögensarten – aus unterschiedlichen Quellen zu einem Gesamtbild zusammenfügen.

Ein Beispiel: Im Prinzip sollten die von 1895 bis 1995 in (West-) Deutschland erhobene Vermögenssteuer Daten zum Reichtum an der Spitze der deutschen Verteilung – etwa für das reichste ein Prozent der Haushalte – liefern. Aber für die Vermögenssteuer wurden die Immobilienvermögen zu sogenannten Einheitswerten erfasst. Die Einheitswerte hatten mit Marktwerten wenig zu tun, was auch das Bundesverfassungsgericht schließlich monierte. Für einen bedeutenden Teil des Haushaltsvermögens liefert die Vermögenssteuer daher keine präzisen Daten.

Seit 1992 gibt es eine offizielle Statistik des Statistischen Bundesamts zum Gesamtvermögen der deutschen Haushalte. Aber auch diese hat bekannte Schwächen. Schuld ist diesmal die Unterbewertung der Betriebsvermögen, insbesondere von nichtbörsennotierten Familienunternehmen, traditionell ein wichtiges Standbein der deutschen Wirtschaft. Das Statistische Bundesamt weicht bei der Bewertung solcher Unternehmen von den sinnvoller Standards ab, die etwa in den USA angewendet werden. Es brauchte daher ein langjähriges Forschungsprojekt, um zum ersten Mal die Entwicklung der Vermögen und ihrer Verteilung in Deutschland von 1895 bis heute nachzuzeichnen.

Deutschland ist reicher als gedacht

Eine gute Nachricht aus dieser Forschung ist, dass bei korrekter Berechnung das Haushaltsvermögen in Deutschland deutlich höher liegen dürfte als bisher angenommen. Wenn man die Betriebsvermögen nach internationalen Standards bemisst und zudem für die Immobilienpreise die aktuelleren Zahlen der Bundesbank verwendet, dann ist Deutschland gut 4000 Milliarden Euro reicher als gedacht. Das entspricht in etwa der gesamten jährlichen Produktion von Gütern und Dienstleistungen in Deutschland.

Im Durchschnitt beträgt das Vermögen deutscher Haushalte rund 420 000 Euro. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland zwischen Frankreich (rund 400 000 Euro) und den Vereinigten Staaten (rund 460 000 Euro). Der deutsche Median-Haushalt, der genau in der Mitte der Verteilung liegt, kommt dagegen nur auf ein Vermögen von etwa 120 000 Euro.



Illustration Peter von Tresckow

Der Unterschied zwischen dem Durchschnitt und dem Median rührt daher, dass die Vermögen ungleich verteilt sind und große Vermögen an der Spitze den Durchschnittswert stark erhöhen.

Rückgang seit dem Kaiserreich

Die langfristigen Daten zeigen zudem, dass entgegen den düsteren Prognosen von Karl Marx der Anteil der reichsten ein Prozent der Haushalte am Gesamtvermögen im vergangenen Jahrhundert nicht gestiegen, sondern im Gegenteil deutlich gefallen ist. Die Haushaltsvermögen in Deutschland sind heute weit weniger ungleich verteilt als noch vor dem Ersten Weltkrieg. Im Jahr 1895 besaßen die reichsten ein Prozent der deutschen Haushalte noch fast die Hälfte des gesamten Vermögens. Heute sind es rund 27 Prozent (siehe Grafik, rote Linie).

Die Halbierung der Vermögenskonzentration an der Spitze spielte sich in weniger als 40 Jahren ab, nämlich in der Zeit zwischen dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs und den Gründungsjahren der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg. Was waren die wichtigsten Ursachen für diesen abrupten Rückgang der Vermögensungleichheit?

Zum einen kollabierten in der Zwischenkriegszeit im Zuge von Krieg, Inflation und Weltwirtschaftskrise die Preise für Immobilien, Aktien und anderes Finanzvermögen. Der Preisverfall bei Immobilien und Anleihen sowie die Hyperinflation im Jahr 1923 trafen vor allem die Ersparnisse der oberen Mittelschicht. Aber auch die Vermögenswerte der reichsten Haushalte verloren an Wert, weil die Aktienpreise 1927 etwa 60 Prozent niedriger waren als 1913. In der Weltwirtschaftskrise in den 1930er-Jahren sank das Betriebsvermögen weiter, weil viele Unternehmen Konkurs anmelden mussten oder an Wert verloren. Zum anderen zerstörten die Bomben im Zweiten Weltkrieg einen bedeutenden Teil der Vermögen der städtischen Oberschichten.

Die beiden Weltkriege waren ein zentraler Faktor für die Nivellierung der Vermögensungleichheit: Deutschland wurde in den Kriegen egalitärer, und zwar vor allem, weil reiche Haushalte durch Preisverfall und Kriegszerstörung Vermögensverluste hinnehmen mussten und nicht weil ärmere Haushalte mehr Vermögen aufbauten.

Der Lastenausgleich 1952

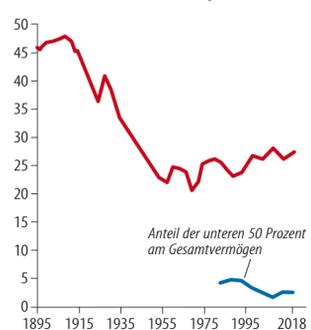
Der zahlenmäßig größte Beitrag zur Egalisierung der deutschen Vermögensverteilung in der Mitte des 20. Jahrhunderts kam allerdings von der Steuerpolitik. Am Anfang des deutschen Nachkriegs-Wirtschaftswunders stand eine umfangreiche Vermögensabgabe zur Finanzierung und Verteilung der Kriegslasten. Der „Lastenausgleich“ legte eine einmalige Abgabe von 50 Prozent auf das Nettovermögen von Unternehmen und Haushalten im Jahr 1952 fest. Diese einmalige Vermögenssteuer konnte quartalsweise mit Verzinsung bis 1979 abbezahlt und insofern aus den Renditen auf das existierende Vermögen bezahlt werden. Mit den Ein-

nahmen aus dem Lastenausgleich wurden Haushalte (zumindest teilweise) entschädigt, die ihr Vermögen im Krieg verloren hatten. Der Lastenausgleich allein erklärt etwa ein Drittel der Abnahme der Vermögenskonzentration an der Spitze zwischen den Datenpunkten von 1934 und 1952.

In den 70 Jahren seit dem Lastenausgleich hat sich im Großen und Ganzen am Anteil der reichsten ein Prozent am deutschen Gesamtvermögen nicht mehr viel geändert. Zwar gab es immer wieder kleinere Verschiebungen, diese blieben aber – anders etwa als in den USA in den letzten 30 Jahren – innerhalb eines relativ engen Korridors. Ein klarer Trend hin zu einem immer größeren Anteil der reichsten ein Prozent am Gesamtvermögen lässt sich nicht beobachten.

Vermögensverteilung

Anteil des reichsten Prozent der Bevölkerung in Deutschland am Gesamtvermögen in Prozent



Quelle: Thilo N. H. Albers, Charlotte Bartels, Moritz Schularick, CES-ifo Working Paper No. 9739/F.A.Z.-Grafik fbr.

Der Grund ist, dass seit dem Lastenausgleich die Vermögen in der Mittelschicht in etwa genauso schnell gewachsen sind wie die an der Spitze. Im Ergebnis blieb der Anteil des reichsten Prozents stabil. Immer mehr Mittelschicht Haushalte legen ihre Ersparnisse in Wohnimmobilien an und profitieren von steigenden Immobilienpreisen. Die Wohneigentumsquote in Deutschland stieg von etwa 27 Prozent im Jahr 1950 auf rund 40 Prozent in den 1980er-Jahren.

Stagnation der ärmeren Hälfte

Der Fokus auf den Anteil der reichsten ein Prozent der Haushalte am Gesamtvermögen verstellt aber den Blick auf eine drastische Polarisierung der Vermögensverteilung zwischen der unteren und oberen Hälfte der deutschen Gesellschaft. Während das Vermögen von Haushalten in der oberen Mittelschicht und an der Spitze der Verteilung stetig zunahm, stagnierte in den vergangenen vier Jahrzehnten das Vermögen der unteren Hälfte. Das durchschnittliche Vermögen der ärmeren 50 Prozent der deutschen Gesellschaft lag Ende der 1970er-Jahre bei rund 20 000 Euro. 40 Jahre später liegt es inflationsbereinigt immer noch auf dem gleichen Wert.

Anders gesagt, die Hälfte der deutschen Bevölkerung hat in den letzten

40 Jahren kein Vermögenswachstum gesehen. Dabei gilt es aber zu berücksichtigen, dass in diesen Zahlen keine Ansprüche aus Sozialversicherungen enthalten sind, weil es für diese keine Marktbewertung gibt und die Ansprüche nicht vertraglich fixiert sind. Ohne eine Berücksichtigung der Sozialversicherungsansprüche hat sich der Anteil der ärmeren Hälfte am Gesamtvermögen annähernd halbiert und ist von rund 5 Prozent auf unter 3 Prozent gefallen (siehe Grafik, blaue Linie).

Die Stagnation der Vermögen der ärmeren Hälfte der Bevölkerung hat zwei zentrale Ursachen. Erstens sind die Einkommen dieser Bevölkerungsgruppe kaum gewachsen, sodass die Haushalte weniger Ersparnisse bilden konnten als die an der Spitze. Zweitens legen ärmere Haushalte ihre Ersparnisse selten in Immobilien oder Aktien an, sondern setzen hauptsächlich auf Sparkonten und Lebensversicherungen mit niedrigen Renditen. Sie haben dadurch so gut wie nicht an dem globalen Boom der Vermögenspreise in den letzten Jahrzehnten partizipiert. Ein breiterer Zugang auch ärmerer Haushalte zu Anlageklassen mit höheren langfristigen Renditen als Sparbücher bleibt ein Desiderat der Vermögensbildung in Deutschland.

Drei Phasen der Entwicklung

Die Geschichte der deutschen Vermögensverteilung lässt sich grob in drei Phasen einteilen. Im Kaiserreich waren die Vermögen extrem ungleich verteilt. Neue industrielle und alte agrarische Eliten hielten den Großteil des Vermögens. Die zweite Phase reicht vom Ausbruch des Ersten Weltkriegs bis zum Lastenausgleich 1952. Es war die Zeit der Egalisierung der deutschen Vermögensverteilung. Ihr folgte eine dritte Periode von der Mitte der 1950er-Jahre bis heute, gekennzeichnet durch die relative Stabilität der Vermögensanteile der reichsten ein Prozent der Haushalte.

Für die gegenwärtige Debatte um die deutsche Vermögensverteilung liefert die historische Perspektive keine Argumente im Sinne einer zunehmenden Konzentration der Vermögen an der Spitze. Signifikant ist allerdings die wachsende Lücke zwischen Vermögen der oberen Hälfte der Gesellschaft, wo der Wert von Aktien- und Immobilienvermögen in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen ist, und der unteren Hälfte, wo die Vermögen in den letzten 40 Jahren stagnierten. Der fallende Anteil der unteren 50 Prozent am Gesamtvermögen und entsprechende Konzepte zum Vermögensaufbau für einkommensschwächere Haushalte verdienen aus diesem Blickwinkel mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit als weitgehend unbegründete Sorgen um eine wachsende Vermögenskonzentration an der Spitze.

Thilo Albers ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Humboldt-Universität Berlin.

Charlotte Bartels ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am DIW Berlin.

Moritz Schularick ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn.

EUROPLATZ FRANKFURT

Das Italien-Problem der EZB

Von Michael Holstein

Am 21. Juli 2022 ist die 67. italienische Regierung seit Gründung der Republik im Jahr 1946 endgültig zerbrochen. Ministerpräsident Mario Draghi reichte seinen Rücktritt ein, Neuwahlen wurden für den 25. September angesetzt.

Ebenfalls am 21. Juli hat die Europäische Zentralbank in ihrer Ratssitzung nicht nur eine überraschend starke Zinserhöhung von 50 Basispunkten beschlossen, sondern auch die Einführung eines neuen Kriseninstrumentes. Das Transmission Protection Instrument (TPI) soll die reibungslose Übertragung des geldpolitischen Kurses auf alle Länder des Euroraums sicherstellen, indem es übertrieben hohe Risikoaufschläge auf die Anleiherenditen einzelner Länder verhindert.

EZB-Präsidentin Christine Lagarde hat in der Pressekonferenz betont, dass die Einführung des TPI einstimmig von allen Mitgliedern des EZB-Rats beschlossen wurde und dass das TPI auch grundsätzlich von allen Euro-Mitgliedsländern in Anspruch genommen werden kann – zumindest solange sie die finanzpolitischen Kriterien erfüllen.

Diese hat die EZB so definiert: Das betreffende Land muss im Einklang mit den EU-Fiskalregeln handeln, und es darf kein Verfahren wegen übermäßiger Verschuldung anhängig sein. Es dürfen keine schwerwiegenden makroökonomischen Instabilitäten festgestellt oder Handlungsempfehlungen der EU missachtet worden sein. Die fiskalische Lage ist auf Basis der Einschätzung der EU-Kommission, des ESM oder des IWF als stabil zu beurteilen.

Die Wirtschaftspolitik des betreffenden Landes muss nachhaltig sein und den Anforderungen entsprechen, die auch für den Erhalt von Mitteln im Rahmen des EU-Wiederaufbausfonds gelten.

Bei aller Betonung der Allgemeingültigkeit dürfte den Zuhörern der Pressekonferenz aber klar gewesen sein, dass die Europäische Zentralbank TPI vor allem mit Blick auf ein ganz bestimmtes Mitgliedsland entwickelt hat, nämlich Italien.

Die drittgrößte Volkswirtschaft der Eurozone ist hoch verschuldet und wachstumsschwach, gleichzeitig aber „too big to fail“. Die lagerübergreifende Regierung

unter dem allseits geschätzten „Technokraten“ Draghi war eine Chance für das Land. Nun zeichnet sich eine monatelange politische Hängepartie ab. Dadurch gerät nicht nur die Umsetzung wichtiger Reformen im Rahmen des EU-Wiederaufbausfonds in Gefahr, sondern auch die fiskalpolitisch so wichtige italienische Haushaltsplanung für das kommende Jahr.

Inmitten einer der schwersten politischen und wirtschaftlichen Krisen in Europa steht Italien ohne eine handlungsfähige Regierung da. Als Risikoszenario wird an den Finanzmärkten insbesondere die Option einer rechten Regierung gehandelt, die unter anderem in der Russlandpolitik auf Konfrontationskurs mit der EU gehen dürfte. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, dass das neue EZB-Instrument schon bald von den Märkten getestet werden wird.

Der Autor ist Chefvolkswirt der DZ Bank.

WIRTSCHAFTSBÜCHER

Wunderwaffe Künstliche Intelligenz
Zwei Experten wagen Vorschau auf das Jahr 2041

Mit einer umfangreichen Schrift wagen der international bekannte Experte für Künstliche Intelligenz (KI) Kai-Fu Lee und der mehrfach prämierte Science-Fiction-Autor Qiufan Chen einen visionären Ausblick auf die Welt im Jahr 2041. KI, verstanden als intelligente Software und Hardware, die in der Lage ist, Aufgaben zu erfüllen und Entscheidungen zu treffen, die normalerweise menschliche Intelligenz erfordern, wird das Leben künftig stark prägen. Kai-Fu Lee ist ein an der amerikanischen Carnegie Mellon University promovierter bekannter KI-Protagnost, der in leitender Funktion für Microsoft und Apple arbeitete und als Manager Googles Chinesengeschäft maßgeblich mit aufbaute. Heute lebt er als KI-Wagniskapital-Unternehmer in Peking und hat insofern zweifellos auch ein großes Eigeninteresse an der Durchdringung von Wirtschaft und Gesellschaft mit solchen Technologien. Der zweite Autor Qiufan Chen arbeitete in China für Baidu und Google und ist in der Zwischenzeit zu einem sehr bekannten Science-Fiction-Autor avanciert. Das sich perfekt ergänzende Duo hat die Zeit des rigorosen Lockdowns in China genutzt, um ein originelles und inspirierendes Buch über den von ihnen erwarteten weiteren Siegeszug der KI-Technologien und die damit verbundenen gravierenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu verfassen.

Nach Überzeugung der beiden Autoren wird die intensive KI-Nutzung in immer mehr Lebensbereiche drängen. Der Optimismus der beiden KI-Freaks ist nicht unbegründet, tendieren doch die Grenzkosten der Skalierung von KI gegen null. Es ist – so ihr Mantra – die Schlüsseltechnologie zu einer besseren Welt. KI sei schon in den letzten fünf Jahren zur gefragtesten Technologie der modernen Welt geworden. Die führenden Plattformkonzerne Amazon, Apple, Google, Meta und Microsoft setzen nicht ohne Grund voll auf solche neuen Technologien. Schon heute ist die Technik Bestandteil von sehr vielen Apps.

Gleichwohl ist für die Mehrzahl der Unternehmen festzustellen, dass KI-Forschungsergebnisse bisher nur langsam in praktische Anwendungen umgesetzt wurden. Die meisten Unternehmen sind noch weit entfernt von den großen Umbrüchen, die die beiden Autoren propagieren. Fortschritte gibt es insbesondere in der robotergestützten Prozessautomatisierung. Fachleute zweifeln nicht daran, dass KI-Anwendungen die digitale Transformation stark vorantreiben werden. Das konnte man nicht zuletzt bei der diesjährigen Hannover-Messe hautnah besichtigen.

Die beiden Autoren geben mit ihrem aus dem Englischen weitestgehend gut übersetzten Buch schon einmal einen Ausblick auf das, was nach ihrer Einschätzung mit 80 Prozent Wahrscheinlichkeit in den nächsten zwanzig Jahren geschehen wird. KI-Anwendungen werden Medizin und Bildung revolutionieren. Quantencomputer werden riesige

Rechnerkapazitäten bereitstellen. Es werden sich neue Formen der Kommunikation herausbilden: Dabei wird es aber auch zu mehr Konflikten zwischen dem Schutz personenbezogener Daten und Lebenszufriedenheit kommen.

Die beiden technologiegläubigen Autoren wollen in ihrer Schrift die Ingenieurskunst einer progressiven KI-Agenda anschaulich und substanzvoll fundiert präsentieren. Sie haben hierfür ein originelles Format gewählt: Qiufan Chen verfasste zehn fiktionale Kurzgeschichten (nicht Science-Fiction!), in denen er die Nutzung von KI fiktiv fortspinnt und die Leser dabei an unterschiedliche Orte der Welt führt. Die zehn Geschichten decken wichtige Lebensbereiche ab. Mal geht es um die (berühungslose!) Liebe, mal um die persönliche Zufriedenheit, aber auch darum, wie die Menschen in der nahen Zukunft lernen werden, sich fortbewegen, Verträge abschließen und arbeiten werden. Die durchweg unterhaltsam zu lesenden Geschichten zeigen auf, was in 20 Jahren möglich ist: So erhalten die Leser ein Zukunftsbild, basierend auf Technologien, die dann – so die Erwartung der Autoren – mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Alltag gehören.

Kai-Fu Lee führt für jede der fiktionalen Kurzgeschichten den technologiebasierten Realitätscheck durch. Erfreulicherweise setzt er dabei nicht nur die Brille des Informatikers auf, sondern bezieht auch gesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Aspekte mit ein.

Negative Effekte, die Kai-Fu Lee als Externalitäten bezeichnet, spart er nicht aus. Sie lassen sich aber – so seine diskutierbare Meinung – durch Regulierung und staatliche Aufsicht handhaben. Er geht ausführlich auf die zu erwartenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt ein, denn KI-Anwendungen werden die Menschen von Routinearbeiten befreien und Arbeitsplätze vernichten. In Anbetracht der rasch voranschreitenden Robotisierung müssten die Regierungen rechtzeitig flankierende Maßnahmen – etwa Grundeinkommen – ergreifen. Ausgespart wird von Kai-Fu Lee das Verhältnis Individuum und Staat in der neuen Welt. So findet man nicht ganz überraschend nichts über die Nutzung von KI für die Überwachung der Bürger durch den Staat. Indessen werden die neuen Risiken, die KI-getriebene autonome Waffen beinhalten, dargelegt. Dies lässt erschauern.

Die Lektüre des Buches bietet Inspirationen und Denkanstöße für die Welt von morgen. Die breite Anwendung von KI kann sich als Fluch oder Segen erweisen. Dies hängt entscheidend davon ab, wie die Menschen damit umgehen. Auch wenn man den beiden Autoren eine Prise naiven Fortschrittsglauben attestieren muss, darf man ihre Schrift als Aufforderung verstehen, das Beste aus den Technologien rauszuholen. ROBERT FIETEN

Kai-Fu Lee, Qiufan Chen: KI 2041 – Zehn Zukunftsvisionen. Campus-Verlag, Frankfurt, New York 2022, 534 Seiten, 26 Euro.